

Ernst Günther, Friedrich Lenz, Paul Mombert oder der Aufbruch der Gießener Nationalökonomie zur modernen Universitätswissenschaft *

... und Schlettwein?

Auf den ersten Blick müßte eine Geschichte der Gießener Nationalökonomie von Johann August Schlettwein und der mit ihm verbundenen ersten „Ökonomischen“ Fakultät in Deutschland handeln. Aber zwischen dem Ökonomieverständnis Schlettweins und demjenigen unserer Zeit besteht nur eine vordergründige, begrifflich-formale Identität. „Ökonomie/Ökonomik“ unterlag wie alle Begriffe des politisch-sozialen Lebens im Jahrhundert zwischen 1750 und 1850, das als „Sattelzeit“ umschrieben wird¹, einem tiefgreifenden Wandel. Der im Rahmen der antik-abendländischen Tradition des aristotelischen Denkens geprägte und in der „Hausväterliteratur“ thematisierte Terminus „Ökonomik“ löste sich in dieser Zeit aus seinem alteuropäischen Kontext und wurde frei für die Neudefinition durch Adam Smith². Schlettwein (1731–1802), der physiokratische Protagonist in Deutschland, stand mit seinen Begriffen und seiner Vorstellungswelt noch ganz in der Tradition der alteuropäischen Ökonomik. Zwar veröffentlichte Smith seinen „Wohlstand der Nationen“ bekanntermaßen 1776, also fast zeitgleich mit der

Gründung der Gießener Fakultät, doch fand sein Gedankengut in Deutschland erst nach der Jahrhundertwende umfassend Beachtung³; Schlettwein selbst hatte keinerlei Kenntnis von den in ihrer Gesamtheit umwälzenden Smithschen Gedanken. Wer ihn daher in bezug zur modernen, d. h. sattelzeit-„geläuterten“ Nationalökonomie setzt, der muß diese fundamentale (dogmen-)geschichtliche Zäsur zur Kenntnis nehmen. Allzuviel Sinn macht eine solche Verbindung nicht, zumal sie zwei Gefahren für die historische Analyse hervorruft: Einerseits vermittelt eine solche Verknüpfung den Eindruck einer linearen und vertikal orientierten geschichtlichen Entwicklung, andererseits liegt es dann nahe, die Vergangenheit als Reflex der Gegenwart zu interpretieren anstatt sie an ihren eigenen Maßstäben zu messen und als zunächst horizontal verankert zu begreifen⁴.

Wenn nicht mit Schlettwein, mit wem beginnt dann der „Aufbruch der Gießener Nationalökonomie zur modernen Universitätswissenschaft“?

Die Antwort auf diese Frage setzt eine Klärung dessen voraus, was unter „moderner Universitätswissenschaft“ – im Sinne von „Disziplin“ bzw. „Fach“ – verstanden wird. Einerseits bedarf es dazu einer verbindenden und tragenden Idee und eines weitgehend akzeptierten Selbstverständnisses im Hinblick auf „Forschungsprofil“ und Lehrauftrag, andererseits einer akademischen Institutionalisierung

* Diese Studie wurde angeregt durch die vielfältigen Bemühungen zur Gießener Universitätsgeschichte und zur allgemeinen Wissenschaftsgeschichte von Herrn Prof. Dr. Peter Moraw, Historisches Institut. Ihm gilt mein Dank für Ermunterung und Zuspruch bei der Bearbeitung dieses Themas.

wie sie sich in entsprechender personeller Ausstattung, in organisatorischer Selbstständigkeit und in Studien- und Prüfungsordnungen widerspiegelt. Damit wird die für die nationalökonomische Dogmengeschichte typische perspektivische Verengung auf die gelehrt-wissenschaftliche Dimension der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte aufgehoben. Ein fundiertes Verständnis erfordert darüber hinaus die Berücksichtigung der institutionell-rechtlichen und der umweltbezogenen Dimension. Eine isolierende Betrachtung Gießener Ökonomen mag zwar dem Bedürfnis genügen, vergangene Leistungen als Vorstufe „heutiger Größe“ zu verdeutlichen, nicht aber dem Begriff und Ansatz der modernen Universitäts- und Wissenschaftsgeschichtsschreibung. Die Frage nach der Entwicklung der Gießener Nationalökonomie ist nicht zu beantworten, ohne die gesamte deutsche Nationalökonomie zu betrachten und ohne die Entwicklung seit Smith zu verfolgen. Beide Dimensionen konstituieren den Bedingungsrahmen und liefern den Bewertungsmaßstab für die Gießener Verhältnisse.

Auf dem Weg zu einer Identität: Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert

Folgt man der These, daß der Ursprung des modernen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch Adam Smith gelegt wurde, so ist es kaum erstaunlich, daß die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert die Entwicklung zur Identität erst noch zu absolvieren hatte. Der mit der Smith-Rezeption eingeleitete Niedergang der „alten Ökonomik“ sowie des deutschen Kameralismus und der Aufstieg des modernen Wirtschaftsverständnisses vollzogen sich zwischen 1800 und 1900 auf

zwei Ebenen: Zum einen durch den Weg von den „Staatswissenschaften“ zum Universitätsfach „Nationalökonomie“ als Ausdruck der disziplinbildenden „Ausdifferenzierung der Wissenschaft“, zum anderen durch den inhaltlichen und methodischen Streit der verschiedenen Schulen und Lehrmeinungen, die sich bei der Verarbeitung der Smithschen Programmschrift entwickelten und die „Innendifferenzierung der Wissenschaft“ einleiteten⁵.

Die Smith-Rezeption⁶ entfaltete sich in Deutschland zunächst sehr zögernd und bis etwa 1820 herrschte die kritiklose Übernahme der Gedanken des „Wohlstands der Nationen“ weithin vor. Der wirtschaftliche Liberalismus wurde dadurch vorherrschend und fand auf der Basis der systematisierenden Arbeiten⁷ von Karl Heinrich Rau (1792–1849) und Johann Heinrich von Thünen (1783–1850) seinen Höhepunkt in der Freihandelschule. In einer Gegenbewegung zu der den Liberalismus kennzeichnenden mechanistisch-naturwissenschaftlichen Auffassung vom Wirtschaftsprozeß trat als rückwärtsgewandte Reaktion darauf und insbesondere auf die technisch-industrielle Revolution die Romantik mit ihrer organischen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre und der Betonung von Volk und Nation hervor. Die Romantik war bereits am Ende des 18. Jahrhunderts in Ansätzen vorhanden und erlebte ihre Blüte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahezu parallel zur Freihandelsschule; deren Übersteigerung der Idee von der Souveränität des Individuums und der damit gedanklich angelegten Möglichkeit der Auflösung von Staat und Gesellschaft seitens der romantischen Schule entschieden widersprochen wurde. Die Rückwärtsgewandtheit der Romantik bot keinen langfristig tragenden Ansatz für ein Wirtschaftsverständnis, so daß sie dem Libera-

lismus letztlich unterliegen mußte: Zwar konnte man die industrielle Revolution in ihren Folgen beklagen, doch wegzudenken war sie nicht mehr.

Vor dem Hintergrund einer zunehmend historistischen Geisteshaltung in allen Gebieten des wissenschaftlich-kulturellen Lebens entwickelte sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die historische Schule der Nationalökonomie. Ausgangspunkt war wie bei der Romantik die offensichtliche Unvereinbarkeit der Smithschen Botschaft mit der realen Entwicklung in Deutschland, die weit entfernt war von einer freien wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne einer Mehrung des allgemeinen Wohlstands (Stichwort: Pauperismus). Mit der historischen Schule kam es durch die Überwindung der Freihandelsschule zu einem Umschwung des ökonomischen Denkens, der bereits in der Romantik angelegt war.

In der Phase der sogenannten älteren historischen Schule bis 1870, die geprägt war von Wilhelm G. Fr. Roscher (1817–1894), Karl Knies (1821–1889) und Bruno Hildebrand (1812–1878), galt Theorielosigkeit noch keineswegs als oberstes Postulat; vielmehr war das Anliegen die Verdeutlichung des Eingebundenseins jeglicher Theorie in historische Situationen und der Bedeutung außerökonomischer Faktoren für den Wirtschaftsprozess. Die jüngere historische Schule, die durch Gustav von Schmoller (1838–1917) verkörpert wurde⁸, ließ hingegen die – umfassende – Theorie erst als Ergebnis der Verarbeitung aller historischen Fakten (induktive Methode) gelten, der theoretisch-abstrakte Ansatz wurde fast völlig verdrängt. Man sah in der Vielfältigkeit geschichtlicher Erscheinungen den Fundus theoretischer Abstraktion.

Die Verabsolutierung des historischen Ansatzes und der induktiven Methode führte zu zwei grundlegenden Auseinan-

dersetzungen in der Nationalökonomie, die Meilensteine auf dem Weg zur eigenen Identität darstellen und als erster und zweiter Methodenstreit bekannt sind. Zunächst stand die historische Schule mit Schmoller an der Spitze in Konflikt mit der Wiener Grenznutzenschule unter Carl Menger (1840–1921): Deduktion oder Induktion, das war hier die Frage! Diese Antinomie hat die Nationalökonomie bis in die 50er Jahre unseres Jahrhunderts beschäftigt, heute ist sie durch die weitgehende Ausgrenzung der historischen Methode aus der Wirtschaftstheorie „gelöst“. Der zweite große Konflikt erreichte 1904 durch den Aufsatz von Max Weber (1864–1920) über „Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ und 1909 auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik seinen Höhepunkt. Ausgelöst durch die von vielen Vertretern der historischen Schule als notwendig empfundenen wertenden Stellungnahme zur aktuellen Wirtschaftspolitik und die Skizzierung nicht nur des „Seienden“, sondern ebenso des „Sein-Sollenden“ ging der Streit darum, ob man Objektivität und Wertung trennen könne. Dieser zweite Methodenstreit fand hauptsächlich innerhalb der jüngeren historischen Schule statt und hat mit seiner Kernfrage bis heute nicht an Bedeutung verloren. Im Gegensatz zum ersten Methodenstreit wurden hier Fragen angeschnitten, die das Selbstverständnis der gesamten Nationalökonomie – und aller Sozialwissenschaften – betrafen und damit die Aktualität der eigenen Disziplinbildung aufzeigten. Der Werturteilsstreit kennzeichnet wissenschaftsgeschichtlich für die Nationalökonomie den Beginn des 20. Jahrhunderts und charakterisiert die Ausgangslage der Wissenschaftsentwicklung nach 1900.

Konzentriert man das Interesse auf Gieben⁹, so erhebt sich vor allem die Frage

nach dem Standort der „Fach“-Vertreter in der Vielheit der nationalökonomischen Denkansätze des 19. Jahrhunderts. August Fr. Crome (in Gießen 1787–1831) vereinigte in seiner Person den Gegensatz zwischen dem alten Denken und den Ideen von Adam Smith. Eine eigenständige Forschungsposition hat sich daraus nicht ergeben, vielmehr stellte er „seine Wissenschaft mit einer gewissen leidenschaftlichen Rücksichtslosigkeit in den Dienst der jeweilig herrschenden Theorie“ (Roscher). Sein Nachfolger Friedrich J. Schmitthenner (1835–1850) befand sich in der Umschwungphase der Mitte des 19. Jahrhunderts: Einerseits der geschichtlich-organischen Methode verpflichtet, versuchte er andererseits, zwischen Smith und den Forderungen seiner eigenen Zeit zu vermitteln. „Als Altliberaler vereinigt Schmitthenner romantisches mit klassischem und historischem Denken“ (Lenz). Wilhelm Stahl (1850–1873), der nahezu ein Vierteljahrhundert in Gießen lehrte, blieb weitgehend ohne eigene wissenschaftliche Konturen. Ernst L. E. Laspeyres (1873–1900) schließlich gilt als der bedeutendste Gießener Fachvertreter des 19. Jahrhunderts. Vor allem seine Arbeiten zur Preisstatistik mit der Entwicklung der noch heute gebräuchlichen Indexformel begründen dieses Urteil. Laspeyres war es auch, der ein einheitlicheres und klareres Forschungsprofil besaß als seine Vorgänger, obgleich er sich andererseits mit seinem sehr begrenzten Schwerpunkt im Bereich der Statistik nicht im Zentrum der Nationalökonomie bewegte. Im Jahr 1876 gründete er das „Statistische Institut“¹⁰ und schuf damit erstmals seit der Auflösung der Schlettwein-Fakultät einen eigenständigen organisatorischen Rahmen. Dies ist jedoch nahezu folgenlos geblieben, denn sein Nachfolger Magnus Biermer (1900–1913) fand bei seinem Antritt an der Gießener Universität weder ein

Buch noch einen Seminarraum oder irgendeine Ausstattung vor, obwohl Laspeyres seit 1875 jährlich einen Etat von 1000 Gulden erhalten hatte¹¹. All dies macht deutlich, daß in der Gießener Nationalökonomie die Entwicklung des 19. Jahrhunderts eine Aneinanderreihung von völlig unterschiedlichen Forscher- und Lehrpersönlichkeiten bedeutet, die weit davon entfernt waren, auf dem Boden eines gemeinsamen Wissenschaftsverständnisses zu stehen. In diesem Jahrhundert vollzog sich erst der „Wandel vom enzyklopädisch gebildeten Gelehrten zum spezialisierten Wissenschaftler und Forscher“¹². Noch fehlte das verbindende Element und die inhaltliche Kontinuität: Der „Aufbruch zur modernen Universitätswissenschaft“ hatte – nicht nur – an der Lahn im 19. Jahrhundert noch nicht stattgefunden.

Wie sah die institutionelle Entwicklung der Nationalökonomie an den Universitäten insgesamt aus? Die Ökonomie im Sinne von Landwirtschafts-/Forstwissenschaft, vor allem aber als „Haushaltungskunde“, wie sie zu Schlettweins Zeiten verstanden wurde, war ein Bestandteil der zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufgekomenen Staatswissenschaften¹³, die ferner aus der Polizeiwissenschaft (staatliche Verwaltungskunde) und der Kameralistik (Lehre von der geordneten staatlichen Haushaltsführung) bestanden. Verbunden waren die Teildisziplinen durch den gemeinsamen Erkenntnisgegenstand „Staat“, der als historische Gegebenheit und als aktueller, praktischer Lebenszusammenhang verstanden wurde. Die Ausbreitung der Smithschen Gedanken in Deutschland nach 1800 veränderte erst langsam, dann zunehmend schneller den Charakter dieser Staatswissenschaften. Das Laissez faire-Postulat für die freie Entfaltung der Marktkräfte und die damit verbundene Forderung nach einer Mini-

mierung staatlicher Zuständigkeiten im wirtschaftlich-sozialen Leben zerstörten ihren Zusammenhang. Die Teildisziplinen verselbständigten sich und formierten sich neu: Die historische Perspektive fand ihren eigenständigen Bereich in der aufkommenden Geschichtswissenschaft, das Staatsrecht verengte und erweiterte sich zugleich zur reinen Rechtswissenschaft. Die Ökonomie veränderte im Zuge der Smith-Rezeption in Deutschland und der zunehmenden Entwicklung eigenständiger Gedanken ihr Gesicht vollständig, bis sie nach der Jahrhundertmitte in der historischen Schule ihre spezifisch deutsche Ausprägung erlangte. Diese Entwicklung der Ideen und Lehrmeinungen fand ihre institutionelle Parallele in der nach 1850 einsetzenden Konsolidierung der Wirtschaftswissenschaften als Kern der „neuen Staatswissenschaften“ (Hentschel), wie es in der Bezeichnung der seit 1849 entstehenden „staatswissenschaftlichen“ Seminare deutlich wird. Gleichwohl blieb die „Kameralistik“ als Unterrichtsfach an den Universitäten erhalten, und starb endgültig erst nach 1900 aus. Parallel dazu etablierte sich die Nationalökonomie studien- und prüfungstechnisch als Hauptfach im Rahmen der Promotion zum Dr. phil. bzw. zum Dr. rer. pol. an den wenigen (Rechts- und) Staatswissenschaftlichen Fakultäten¹⁴ sowie als Nebenfach für z. B. Juristen, Historiker oder Forstleute¹⁵. Wegen des fehlenden Berufsfeldes für Volkswirte – der aus heutiger Sicht zu vermutende Bereich war weitgehend durch Juristen abgedeckt – wurde meist nur ein Nebenfachstudium betrieben.

Daß die Nationalökonomie von einer völligen institutionellen Etablierung im universitären Leben noch weit entfernt war, wird beispielsweise in der Unbestimmtheit ihrer Fakultätszugehörigkeit deutlich; so schwankte das Fach einerseits zwischen der Philosophischen und der Juristischen

Fakultät hin und her, während an wenigen Hochschulen eigene Fakultäten begründet wurden¹⁶. All dieses läßt das 19. Jahrhundert als Epoche der Identitätsfindung der modernen Nationalökonomie erscheinen; die wissenschaftliche und die institutionelle Einheit „Fach“ bzw. „Disziplin“ war noch nicht einmal an seinem Ende erreicht.

Krise in der Forschung – Aufbruch in der Lehre: Die Nationalökonomie zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Die Zeit nach 1900, vor allem aber die Jahre zwischen den Weltkriegen waren für die Entwicklung der Nationalökonomie durch drei mehr oder weniger vorherrschende Lehrmeinungen gekennzeichnet¹⁷.

Da war – immer noch dominierend – die historische Schule, die nach der Überwindung des Kathedersozialismus zunehmend die Form einer „gerontokratischen Honoratiorengesellschaft“ (Krohn) erlangte und Antworten auf die so drängenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen der ersten Nachkriegszeit gänzlich schuldig blieb. Die Erstarrung paarte sich mit Selbstgenügsamkeit, und nur die gesellschaftlich-akademische Reputation half die Bastionen des 19. Jahrhunderts zu halten, die infolge der durch den Werturteilsstreit ausgelösten Sinn-Diskussion bedroht schienen. Daneben bestand in ähnlicher Erstarrung und dogmatischer Verhärtung die theoretische Richtung der Nationalökonomie in der Wiener und Lausanner Schule fort, die zunehmend ordnungspolitische Grundfragen thematisierten. In Deutschland konzentrierten sich solche Ansätze auf die Münchener Schule um Adolf Weber und die Freiburger Schule um Walter Eucken. Auch von dort kamen allerdings kaum Vorschläge

zur Lösung der aktuellen Probleme; diese wurden vielmehr aufgegriffen von der jüngeren und problemorientierten Generation, die sich vor allem in Kiel (Adolf Löwe, Gerhard Colm, Hans Neisser, Fritz Burchhardt), Hamburg (Eduard Heilmann) und Heidelberg (Emil Lederer) versammelte. Bewegt durch die Erfahrungen des Krieges, der Demobilmachung und der sich anschließenden Inflationszeit galt ihr Interesse hauptsächlich dem Konjunkturproblem, für das nun wirtschaftsendogene Faktoren verantwortlich gemacht wurden. Hier wurden wesentliche Erkenntnisse vorweggenommen, die durch Keynes populär wurden, ohne daß diese „Keynesianer vor Keynes“ (Garvey) damit Einfluß in der weiteren wissenschaftlichen Diskussion oder bei der wirtschaftspolitischen Gestaltung erlangt hätten¹⁸. Infolge der paradigmatischen Uneinlichkeit war die akademische Nationalökonomie für die praktische Wirtschaftspolitik weithin bedeutungslos (Hirsch).

Hinsichtlich der Institutionalisierung der Nationalökonomie an den Universitäten hatte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges kaum etwas geändert. An den meisten Hochschulen bestand mittlerweile ein Staatswissenschaftliches Seminar mit einem Ordinarius an den kleineren und mittleren Universitäten, wie es für Gießen zutraf, bzw. zwei oder gar drei Ordinarien an den größeren Hochschulen. Als wesentliche Neuerung waren gegen Ende des 19. Jahrhunderts Handelshochschulen entstanden, die auf öffentliche kaufmännische Ausbildungsstätten (Handelsschulen) zurückgingen. Diese waren nach 1830 in Reaktion auf die durch die Auflösung der „alten“ Staatswissenschaften bedingte Ausgrenzung einzelwirtschaftlicher Fragestellungen aus dem akademischen Fächerspektrum aufgekommen. Um 1900 benötigte infolge der zunehmenden Entfaltung des Wirtschaftslebens im geeinten

Deutschland und der damit verbundenen verstärkten Weltmarktverflechtung deutscher Unternehmer die Industrie immer mehr eine wissenschaftlich vertiefte kaufmännische Ausbildung. Die Universitäten konnten oder wollten sie nicht erbringen, so daß es – häufig auf der Basis von Stiftungen – zur Gründung von Handelshochschulen kam: in Leipzig (1898), Köln (1901), Berlin (1906), Frankfurt (1906), Mannheim (1907), München (1910), Königsberg (1915) und Nürnberg (1919)¹⁹. Der Zustrom zu diesen Institutionen war beachtlich, so stieg die Studentenzahl durchschnittlich zwischen 1900 und 1920 um das Fünffache. Dies ist ein Indiz für den enormen Bedarf an einer praxisorientierten akademischen Ausbildung in der deutschen Wirtschaft.

Die damit deutlich werdende Zurückhaltung der universitären Nationalökonomie konnte jedoch nicht verhindern, daß sie nach Beendigung des Ersten Weltkrieges zum Modelfach einer ganzen Generation wurde. Studentenzahlen, die bei dem Zehnfachen der Vorkriegswerte lagen, strömten (beginnend mit dem Kriegsnotsemester 1919) an die deutschen Universitäten, um Nationalökonomie zu studieren – ein Fach, das lediglich mit der Promotion eigenständig absolviert werden konnte²⁰. Zur Bewältigung dieses Ansturms bedurfte es einer Verbesserung der personellen und finanziellen Ausstattung der Staatswissenschaftlichen Seminare sowie einer prüfungsrechtlichen Verselbständigung des volkswirtschaftlichen Studiums. Beides wurde unverzüglich eingeleitet: Sofort nach dem Krieg kam es zur Erhöhung der Zahl der Ordinarien für Nationalökonomie auf zwei bis drei, bereits 1919 wurde der Dr. rer. pol. auch an den Philosophischen Fakultäten eingeführt und ab 1922 kam es reichsweit zur Einführung der Diplomprüfung für Volkswirte²¹. Schließlich war auch eine Modernisierung

der Lehrinhalte notwendig: Die Rau'sche Unterteilung in Volkswirtschaftstheorie, -politik und Finanzwissenschaft wurde erweitert durch eine Spezialisierung und die Einbeziehung neuer Fragestellungen, beispielsweise auch durch die Aufnahme betriebswirtschaftlicher Aspekte²²; die Innendifferenzierung der Nationalökonomie schlug damit in den Bereich der Lehre durch.

**Ernst Günther, Friedrich Lenz,
Paul Mombert
und die Gießener Überwindung
der Krise in der Nationalökonomie**

„Forschungsprofil“ und wissenschaftlicher Rang einer Universität werden bestimmt durch die dort wirkenden Professoren, die als Ergebnis der von Universität und Staat betriebenen Berufungspolitik das Zentrum des akademischen Lebens bilden. Die Verortung Gießens im Spannungsfeld nationalökonomischer Lehrmeinungen und Schulen nach dem Ersten Weltkrieg ist folgerichtig bestimmt durch die an dieser Universität verpflichteten Fachvertreter; dies waren in der Zwischenkriegszeit als etatisierte Professoren Ernst Günther (1873–1958), Friedrich Lenz (1885–1968) und Paul Mombert (1876–1938)²³. Alle drei lehrten über zehn Jahre bis 1933 an der Ludoviciana, sie bildeten gleichberechtigt die Mitte des wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetriebs und waren damit bestimmend für die wissenschaftliche Ausrichtung des Gießener Instituts. In der personellen Kontinuität ist eine wesentliche Voraussetzung dafür zu sehen, daß aus individuellen Profilen und individueller Reputation etwas Kollektives werden konnte, das sich in der zeitgenössischen Redeweise von der „Gießener Schule der Nationalökonomie“ widerspiegelt.

Friedrich Lenz (in Gießen 1919–1933) war vor seiner Berufung nach Gießen außerordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Braunschweig gewesen, sein wissenschaftlicher Rang wird durch Rufe an die Universitäten Konstantinopel, Graz, Prag sowie an die Columbia University New York belegt. Er hatte bereits früh in Grundzügen sein wirtschaftspolitisches Credo formuliert, im wesentlichen sind zwei Grundorientierungen dabei dominierend gewesen: einerseits eine prinzipielle Ablehnung des wirtschaftlichen Liberalismus, andererseits eine Ausrichtung an Friedrich List (1789–1846) und Karl Marx (1818–1883) bei der Formulierung einer eigenen politischen Ökonomie.

List ist dogmenhistorisch nicht eindeutig zu fassen: Zwar lehnte er den Liberalismus ab, bejahte aber unter bestimmten Bedingungen den Freihandel; er hing nicht der Romantik an, übernahm aber von dort die Idee der nationalen Einheit und der Bedeutung des Staates für das Wirtschaftsleben; er gehörte nicht zur historischen Schule, die bekanntlich erst nach seinem Tod erblühte, wies jedoch durch seine historische Betrachtungsweise und die Verneinung ewig gültiger Gesetze in diese Richtung. Dieses „überall und nirgendwo“, wie es die wissenschaftliche Position Lists vermittelt, bot für viele Ökonomen einen Anknüpfungspunkt und wies in vielerlei Richtungen, es war freilich keine Grundlage für die Ausbildung einer eigenen Schule. So hatte List auch keinen direkten Nachfolger gefunden. In längerfristiger Betrachtung erscheint indessen Friedrich Lenz als solcher, er war „einer der wenigen, die ein unmittelbares Verhältnis zu Friedrich List hatten“ (Brügelmann). So verwundert es nicht, daß seine wissenschaftliche Position sich ebenso wie die von List einer klaren Zuordnung zu einer Schule entzieht. Zwar fühlte sich Lenz selbst der jüngeren historischen Schule

verpflichtet, zumal seine Lehrjahre in Berlin von Schmoller maßgeblich beeinflußt worden waren. Gleichwohl weist sein wissenschaftliches Oeuvre eine Vielfalt auf, die nur durch die Anknüpfung an List, die Überzeugung, daß Wirtschaft und Staat im Verbund zu denken sind, und durch die thematisch-methodische Ausgrenzung des Wirtschaftsliberalismus bestimmt war.

Die Ansichten von Marx lehnte Lenz zwar überwiegend ab, versuchte jedoch, sie positiv zu verarbeiten; so gehörte zu seiner politischen Ökonomie auch die Forderung nach sozialistischer Planwirtschaft gemäß sowjetischem Vorbild. Trotz dieser und anderer sozialistisch-marxistischer Elemente blieb seine politische Ökonomie, wie er sie 1927 umfassender formulierte²⁴, eine „bürgerliche“, deren Hauptziel in der Bekämpfung des Liberalismus bestand. Dieses Anliegen und seine wissenschaftliche Aufarbeitung durch Lenz, insbesondere durch seine Hinwendung zu List²⁵, bildeten die Grundlage der „Gießener Schule“. Das vehemente Eintreten für eine staatswirtschaftlich orientierte Wirtschaftswissenschaft und die Kampf-ansage an den abstrakt-theoretischen Liberalismus trafen in Deutschland, vor allem in den späten zwanziger Jahren, auf ein zunehmend konservativ und national-restauratives politisches und soziales Umfeld. In einem solchen Kontext erschienen die Lenzschen Überzeugungen zeitgemäß und fanden fruchtbaren Boden, so daß sie schulenbildend werden konnten. Für eine weiterführende, in die zweite Nachkriegszeit weisende Tradition bestand hingegen keine Basis. Einerseits war mit der Zwangspensionierung von Lenz im Jahre 1933 der Hauptvertreter dieser Schule ausgeschieden – einen direkten Nachfolger konnte es bei den allgemeinen politischen Umständen nicht geben –, andererseits fehlte nach 1945 der Resonanzboden für die Auffassungen von Lenz. Nach ei-

ner Phase straffer staatlicher Wirtschaftsführung schlug die Stunde der ordo-liberalen Freiburger Schule.

Anders als Lenz waren Mombert und Günther keine Verfechter einer neuen politischen Ökonomie und konnten somit auch nicht die Leitfiguren der „Gießener Schule“ sein. Paul Mombert²⁶ wurde im Oktober 1922 aus Freiburg als Ordinarius nach Gießen berufen, seine thematischen Schwerpunkte lagen in der Finanzwissenschaft (Steuerwirkungslehre), Bevölkerungswissenschaft und nationalökonomischen Dogmengeschichte. Vor allem seine Veröffentlichungen und seine Herausgebertätigkeit im letztgenannten Gebiet begründen seine Zuordnung zur jüngeren historischen Schule, obgleich seine Behandlung aktueller Fragen und theoretischer Probleme (Konjunktur-, Geldtheorie) weit über deren engen Dunstkreis hinausweist. Mombert verband die (dogmen-)historische Dimension mit dem theoretisch-systematischen Zugriff, er beließ es nie bei der Materialanhäufung, sondern versuchte stets, mittels Theorie und Systematik die Materialfülle zu bewältigen und dadurch die Perspektive zu erweitern. Er förderte sogar den „damals riskanten Versuch, Mathematik auf wirtschaftliche Probleme anzuwenden“ (Waffenschmidt). Besonders hervorgetreten ist Mombert auf dem Gebiet der Bevölkerungslehre, hier nahm er – zusammen mit seinem Lehrer Brentano – Einsichten und Ideen vorweg, die seit den späten fünfziger Jahren in der „ökonomischen Theorie der Familie“ von amerikanischer Seite eine neoklassische Formalisierung erfuhren, ohne daß auf ihre bevölkerungstheoretischen Wurzeln bei Mombert und Brentano verwiesen wurde und wird²⁷.

Mombert war politisch geprägt durch „einen Liberalismus mit deutlichem sozialem Akzent“ (Waffenschmidt), von daher konnte er kein Protagonist der von Lenz

dominierten „Gießener Schule“ sein. Er war vielmehr ein überragender Fachvertreter einer sich im Umbruch befindenden Nationalökonomie, der mit seinen wissenschaftlichen Leistungen zugleich in die Zukunft wies. Dies gilt ebenso für Ernst Günther, der sich in Gießen 1915 habilitiert hatte und hier 1923 (gegenüber Eucken bevorzugt) etatisierter außerordentlicher Professor wurde. Mit seinen Arbeiten aus der Sozialpolitik, Steuerpolitik und Bevölkerungslehre wies Günther das wohl modernste wissenschaftliche Profil unter den Gießener Ökonomen auf, obgleich auch seine Lehrjahre durch Schmoller geprägt worden waren und dieser es war, der ihn an die Ludoviciana empfahl. Die Beschäftigung mit aktuellen Fragestellungen führte Günther zu höchst modernen Einsichten, etwa zum Vorschlag einer Indexierung der Einkommensteuer zur Vermeidung der kalten Progression bei Inflation (1923) oder der These, daß Geburtenrückgang für Arbeitslosigkeit ursächlich sein kann (1931)²⁸.

Günther ergänzte ganz wesentlich das Forschungs- und Lehrspektrum des Gießener Instituts für Wirtschaftswissenschaft, wie es schulenbildend wurde. Zwar war Lenz die Leitfigur dieser Schule, doch ist sie ebenso ohne Mombert und Günther nicht denkbar; denn erst durch sie war eine umfassende Ausbildung sichergestellt und die Gelegenheit für eine kontroverse und fruchtbare Diskussion am Ort gegeben. Die unterschiedliche wissenschaftliche Ausrichtung und dogmengeschichtliche Verankerung der drei Fachvertreter konnte nur in einem liberalen Klima zum Gespräch führen. Daß dies tatsächlich geschah, vermag die beachtliche personelle Kontinuität zu erklären, die erst durch das Dritte Reich zerstört wurde. Das Gießener Institut erscheint als ideale Kombination wirtschaftswissenschaftlicher Lehr- und Forschungsprofile gerade im

Licht des dogmatisch verhärteten, krisenhaften Gesamtzustands der Disziplin in den 20er Jahren, der hier überwunden zu sein schien. Dies wird bestätigt durch die beeindruckende institutionelle Entwicklung der Nationalökonomie an der Gießener Universität und den großen Zuspruch, den diese von seiten der Studenten erhalten hat.

Der Gießener Weg zum modernen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbetrieb

Die Entwicklung der Nationalökonomie zur wissenschaftlichen und institutionellen Einheit „Fach“ bzw. „Disziplin“ begann in Gießen mit der Berufung von Biermer im Jahre 1900. Zwar war dieser stets darauf bedacht, daß keine Hauptfachstudenten auftraten, doch legte er den Grundstein für ein modernes Universitätsinstitut, indem er zunächst für so elementare Dinge wie einen Seminarraum mit entsprechender Einrichtung und den Aufbau einer fachwissenschaftlichen Bibliothek sorgte. Bereits 1904 veröffentlichte er einen ersten Katalog des Bibliotheksbestandes, dem er jährlich Nachträge folgen ließ. Im selben Jahr gab er einen Studienführer heraus²⁹. Dieser lebte ausgehend von der Feststellung, daß für reine Ökonomen fast kein Arbeitsmarkt bestehe, von der Überzeugung, daß die Nationalökonomie als Nebenfach an den Universitäten ihren Platz habe und nur in wenigen Fällen eigenständig im Rahmen einer Promotion betrieben werden sollte. Biermer machte den von ihm betriebenen Wandel auch in der Institutsbezeichnung deutlich: Aus dem Statistischen Institut Laspeyres' wurde das „Staatswissenschaftlich-statistische Seminar“. Dies war mehr als ein Namenswechsel, denn es signalisierte den Übergang vom Quasi-Privatgelehrten Laspeyres, der den Etat ein-

zig für seine statistischen Untersuchungen verwendete, zum zeitgemäßen Seminardirektor Biermer, der alles für den Ausbau und die Entwicklung des Instituts tat.

Ein modernes Institutsleben begann in Gießen nach dem Ersten Weltkrieg. Der Schmoller-Schüler August Skalweit (1879–1960), der 1913 nach Biermers Tod an die Universität Gießen berufen wurde, war von Beginn an bestrebt, seine Disziplin als primär eigenständiges Hauptfach zu etablieren; bedingt durch seine Kriegsverwendung konnte er jedoch erst ab dem Sommer 1919 in der Lehre wirken. Nachdem er 1915 Günther zur Habilitation veranlaßt hatte, betrieb er durch intensive Gespräche mit Vertretern der ortsansässigen Industrie und dem Ministerium den Ausbau des Lehrbetriebs, so daß 1918 der Bankier Sigmund Heichelheim die Mittel zur Begründung einer außerordentlichen Professur für Handelswissenschaft stiftete. Der erste Inhaber dieser Professur wurde Lenz, der 1921/22 durch die Ablehnung zweier Rufe nach Graz und Prag die Umwandlung in einen ordentlichen – zweiten – Lehrstuhl erreichte. Günther, der seit 1919 einen Lehrauftrag für Soziale Fürsorge und Versicherungswesen inne hatte, erhielt schließlich 1923 ein planmäßiges Extraordinariat. Auf die Gießener Bestrebungen für einen Ausbau der Nationalökonomie reagierte das hessische Landesamt für das Bildungswesen stets verständnisvoll und entgegenkommend. So konnten neben der Schaffung zusätzlicher Professorenstellen weitere Lehraufträge durchgesetzt werden, die das Spektrum wesentlich erweiterten, indem damit für die Universität neue Spezialgebiete wie die Privatwirtschaftslehre (ab SS 1923 durch W. Kalveram, ab SS 1925 durch W. Auler) oder die Soziologie (ab WS 1925/26 durch H.L. Stoltenberg) hinzukamen. Des weiteren wurden Praktiker aus dem Bereich der Banken und der Handelskam-

mern für die Lehre gewonnen, so daß der gesamte zeitgemäße wirtschaftswissenschaftliche Lehrkanon angeboten werden konnte, der nicht nur aus der Sicht der Lehre notwendig schien, sondern ebenso sehr durch die inzwischen erreichte Innendifferenzierung der Wissenschaft bedingt war. An die breitere Öffentlichkeit wandte man sich in Form von Vortragsreihen zu Gegenwartsfragen des Wirtschaftslebens. Ihren Abschluß fand die äußere Entwicklung mit der Umwandlung des Seminars in das „Institut für Wirtschaftswissenschaft“ im Jahre 1927 und der damit verbundenen Neugliederung der einzelnen Abteilungen sowie der Hinzufügung einer wirtschaftsgeographischen und einer wirtschaftsgeschichtlichen Abteilung. Seit dem Beginn der wirtschaftlichen Depression am Ende der zwanziger Jahre war ein weiterer Ausbau nicht mehr möglich, die Finanzschwäche des Volksstaats Hessen wurde nun zum dominierenden Faktor. Kontrastiert man den erreichten Stand mit der Situation an vergleichbaren Universitäten, so ergibt sich für 1930 ein beachtlich positives Urteil für Gießen³⁰: Freiburg, Greifswald, Göttingen, Jena, Marburg u.a. wurden hinsichtlich der Zahl beamteter Professoren, des jährlichen Sachetats und des Bücherbestands übertroffen, größer waren nur die Institute in Berlin, Frankfurt a. M., Halle, Heidelberg und Münster.

Diese Entwicklung fand ihren Reflex in dem Studentenzustrom an die hessische Landesuniversität. Dabei war der Anteil nicht-hessischer Studenten unter den Wirtschaftswissenschaftlern größer als an der Gesamtstudentenzahl, was für die Attraktivität und überregionale Ausstrahlung des Instituts spricht. Wie eine Auswertung der Hochschulstatistiken zeigt³¹, entsprach die Gießener Frequenz der allgemeinen Entwicklung im Reich. Im Lauf der zwanziger Jahre konnte das Gießener

Institut – absolut betrachtet – z. B. Tübingen, Marburg oder Jena an Studenten überrunden, relativ gesehen wurde das wirtschaftswissenschaftliche Studium in Gießen bedeutender als an anderen Universitäten. Dies läßt sich als zunehmende Resonanz der wachsenden wissenschaftlichen Reputation interpretieren. Bedenkt man die pessimistische Beschreibung der Berufsaussichten für Volkswirte nach 1900 und die schwierigen Lebensverhältnisse nach 1918, so verwundert der Ansturm auf die wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsinstitute trotz des zu erwartenden Kriegsüberhangs. Die durch den Weltkrieg ausgelösten Wirtschaftsprobleme (Vermögensabfluß durch Reparationen, Demobilmachung, Inflation und deren außenwirtschaftliche Folgen, Veränderung der binnenwirtschaftlichen Struktur infolge der Gebietsabtretungen) führten zu einer Veränderung aller bis 1913 gültigen langfristigen Tendenzen und zu einem nie geahnten Strukturbruch. Dies stellte sowohl an die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik als auch an die Unternehmensführungen enorme Anforderungen, deren Bewältigung in großem Umfang volkswirtschaftlich gebildete Kräfte erforderte. Andererseits mag es sein, daß das hohe Maß an Lebenserfahrung und Mündigkeit infolge der Kriegserlebnisse die jungen Menschen zu praxisbezogenen und lebensnahen Studien trieb³². Schließlich ist es denkbar, daß angesichts des erhöhten Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt ein Ausweg in einem neuen und deshalb ungeahnten Profilierungsmöglichkeiten bietendem Studium gesucht wurde.

Wie es auch gewesen sein mag, Gießen erlebte einen enormen Andrang an Studenten für Nationalökonomie. Sie formulierten einer reichweiten Aktion folgend im Sommer 1919 eine Eingabe, in der sie den großzügigen Ausbau des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums forderten; dieses Gesuch wurde von der Professorenschaft unterstützt und an das Landesamt weitergeleitet³³. Im Rückblick von 1930 aus ist festzustellen, daß fast alle Forderungen der Studentenschaft bis 1925 erfüllt worden waren (!). Dies galt für den personellen Ausbau ebenso wie für die Einführung neuer Studienabschlüsse (Dr. rer. pol. 1919, Dipl.-Volkswirt 1923). Im Bereich der Forschung zeigte sich das Gießener Institut als in hohem Maße fruchtbar. Zahlreiche Dissertationen und Habilitationen wurden angeregt und verfaßt, die seit 1929 in den hauseigenen „Hessischen Beiträgen zur Staats- und Wirtschaftskunde“ erschienen.

Die ungewöhnliche Dynamik des Geschehens nach 1918 sowie die Parallelität der wissenschaftlichen und der institutionellen Etablierung des Fachs Nationalökonomie an der Universität Gießen rechtfertigen wohl die Metapher des „Aufbruchs“. Er kennzeichnet eine Entwicklung, die über ihren konkreten Rahmen hinaus paradigmatisch für die Disziplinbildung der Wirtschaftswissenschaften ist und damit auch deren heutigen Zustand verständlicher macht.

Die ungewöhnliche Dynamik des Geschehens nach 1918 sowie die Parallelität der wissenschaftlichen und der institutionellen Etablierung des Fachs Nationalökonomie an der Universität Gießen rechtfertigen wohl die Metapher des „Aufbruchs“. Er kennzeichnet eine Entwicklung, die über ihren konkreten Rahmen hinaus paradigmatisch für die Disziplinbildung der Wirtschaftswissenschaften ist und damit auch deren heutigen Zustand verständlicher macht.

Anmerkungen

¹ Vgl. *Koselleck, R.*, Richtlinien für das Lexikon politisch-sozialer Begriffe der Neuzeit, In: *Arch. f. Begriffsgesch.*, 11 (1967), S. 82.

² Ausführlich zu diesem Zusammenhang vgl. *Hüther, M.*, Die „Sattelzeitgerechte“ Entstehung der Nationalökonomie. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte, In: *Jahrb. f. Nationalök. u. Stat.* 205 (1988), S. 150 ff.

³ Vgl. *Winkel, H.*, Die Deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert, Darmstadt 1977, S. 12, 20 ff.

⁴ Vgl. *Moraw, P.*, Aspekte und Dimensionen älterer deutscher Universitätsgeschichte, In: *ders., V. Press* (Hg.) *Academia Gissensis Marburg* 1982, S. 2 f.

⁵ Vgl. *Stichweh, R.*, Differenzierung der Wissenschaft, In: *Ztschr. f. Soziologie* 8 (1979), S. 82 ff.

- ⁶ Vgl. *Winkel*, Die deutsche Nationalökonomie; ders.: Der Umschwung der wirtschaftswissenschaftlichen Auffassungen um die Mitte des 19. Jhs. In: *H. Coing* u. a. (Hg.) Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jh., Bd. 4, Frankfurt 1979, S. 3 ff.; *P. Mombert*, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1927, S. 374 ff.
- ⁷ Für Jahrzehnte maßgebend war das dreibändige „Lehrbuch der politischen Ökonomie“ von Rau (1826), der ferner durch die Herausgabe einer ersten Fachzeitschrift, „Archiv der politischen Ökonomie und Polizeiwissenschaft“, ab 1835 grundlegend für die Ausbildung der Nationalökonomie wirkte. Ebenfalls 1826 legte Thünen den ersten Teil seines Werkes „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“ vor, dessen 2. u. 3. Teil 1850 bzw. 1863 folgten.
- ⁸ Als Hauptvertreter sind ferner zu nennen: *Lujo Brentano* (1844–1931), *Karl Bücher* (1847–1930), *Georg Friedrich Knapp* (1842–1926).
- ⁹ Vgl. *Lenz*, *F.*, Die Wirtschaftswissenschaft in Gießen, In: *Ludwigs-Universität. Justus-Liebig-Hochschule 1607–1957*, Festschr. z. 350. Jahrf. Gießen 1957, S. 375 ff.; *H. Rinne*, Ernst Louis Etienne Laspeyres 1834–1913, In: *Jahrb. f. Nat. u. Stat.* 196 (1981), S. 194 ff.
- ¹⁰ Das erste „Staatswissenschaftliche Seminar“ war 1849 in Jena eingerichtet worden, vgl. *Fischer*, *G.*, Über die Errichtung staatswissenschaftlicher Seminarien auf den deutschen Universitäten nebst einem Bericht über das staatswissenschaftliche Seminar zu Jena, Jena 1857.
- ¹¹ Vgl. den Schriftverkehr Biermers mit dem Rektorat der LU. Akten des staatswissenschaftl. Seminars, 1900–Apr. 1906. Univ.-Archiv Gießen PRA 250.
- ¹² *Baumgarten*, *M.*, Vom Gelehrten zum Wissenschaftler. Studien zum Lehrkörper einer kleinen Universität. Am Beispiel der Ludoviciana Giessen (1815–1914), Gießen 1988.
- ¹³ 1727 in Halle, 1757 in Göttingen. Vgl. *Hentschel*, *V.*, Die Staatswissenschaften an den deutschen Universitäten im 18. und frühen 19. Jahrhundert, In: *BerWissGesch* 1 (1978), S. 181 ff.; *A. Timm*, Von der Kameralistik zur Nationalökonomie, In: *Festschr. f. H. Aubin*, Wiesbaden 1965, S. 358 ff.
- ¹⁴ Tübingen, München, Straßburg, Würzburg, Münster.
- ¹⁵ Vgl. *Kähler*, *W.*, Die Bedingungen der Erwerbung des Doktorgrades auf deutschen Universitäten auf Grund einer nationalökonomischen Dissertation, In: *Jahrb. f. Nat. u. Stat.* III 28 (1904), S. 534 ff.
- ¹⁶ In Freiburg wechselten die Staatswissenschaften im 19. Jh. mehrfach die Fakultätszugehörigkeit, eigenständige Fakultäten bestanden in München und Tübingen. Vgl. *Cohn*, *G.*, Über die Fakultäten, deren Vereinigung und Trennung. In: *Schmoll. Jahrb.* 29 (1905), S. 1 ff.
- ¹⁷ Vgl. *Krohn*, *C.-D.*, Die Krise der Wirtschaftswissenschaft in Deutschland im Vorfeld des Nationalsozialismus, In: *Leviathan* 13 (1985), S. 311 ff.; ders.: Wirtschaftstheorien als politische Interessen. Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918–1933, Frankfurt u. a. 1981; *Mettelsiefen*, *B.*, Technischer Wandel und Beschäftigung. Rekonstruktion der Freisetzung- und Kompensationsdebatten, Frankfurt u. a. 1981; *J. Hirsch*, Deutsche Wirtschaftswissenschaft und -praxis im letzten Menschenalter, In: *M. J. Bonn* u. a. (Hg.) Die Wirtschaftswissenschaft nach dem Kriege. 2. Bd., München u. a. 1925, S. 147 ff.; *J. A. Schumpeter*, Die Wirtschaftstheorien der Gegenwart in Deutschland (1927), In: ders.: *Dogmenhistorische und biographische Aufsätze*, Tübingen 1954, S. 255 ff.
- ¹⁸ *Garvey*, *G.*, Keynes and the Economic Activities of Pre-Hitler Germany, In: *Journal of Political Economy* 83 (1975), S. 319 ff.
- ¹⁹ Vgl. *Kirchgässner*, *B.*, Nichtstaatliche Gründung wirtschaftswissenschaftlicher Hochschulen am Rhein und Main, In: *R. Schmitz* (Hg.) Wissenschaft und Gesellschaft, Stuttgart 1978, S. 73 ff.; *A. Hayashima*, Die Frequenz der deutschen Handelshochschulen 1898–1920, In: *Kwansei Gakuin Univ. Annual Studies* 33 (1984), S. 121 ff. Im Unterschied zu den Universitäten hatten die Handelshochschulen zunächst kein Promotionsrecht, dieses wurde ihnen erst in der Weimarer Republik zugestanden.
- ²⁰ Vgl. zum allgemeinen Studentenandrang nach 1919: *Jarausch*, *H.*, Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt 1984, S. 129 ff.
- ²¹ Vgl. *Spiethoff*, *A.*, Die Vereinbarung der deutschen Unterrichtsverwaltungen über die Diplomprüfungen für Volkswirte, In: *Schm. Jahrb.* 46 (1922), S. 875 ff.; *L. Pohle*, Diplomprüfung für Volkswirte und staatswissenschaftliche Promotion, In: ebd., S. 239 ff.
- ²² Vgl. *Jahn*, *G.*, Aufbau und Durchführung des Studienplans der Nationalökonomie. In: *Ver. d. soz.-u. wirtschaftswiss. Hochschullehrer*, Protokoll d. Generalvers. 1927, Hamburg o. J., S. 34 ff.; *A. Skalweit*, Spezialisierung der Lehrgebiete der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Professoren, In: ebd., S. 9 ff.
- ²³ Das Jahr 1988 war für die Gießener wirtschaftswissenschaftliche Tradition insgesamt ein besonderes Gedenkjahr: 30. Todestag E. Günthers am 20.2.1988, 20. Todestag F. Lenz' am 2.10.1988 und 50. Todestag P. Momberts am 8.12.1988. Vgl.

- die entspr. Personalakten im Univ.-Archiv Gießen sowie die Biographien in: *H. G. Gundel, P. Moraw, V. Press* (Hg.) *Gießener Gelehrte in der ersten Hälfte des 20. Jhs.*, 2 Bde., Marburg 1982.
- ²⁴ Lenz, F., *Aufriß der Politischen Ökonomie*. Stuttgart 1927.
- ²⁵ Vgl. die maßgebliche Rolle von Lenz bei der Gründung der Friedrich-List-Gesellschaft 1924/25, vgl. dazu: *H. Brügelmann*, *Politische Ökonomie in kritischen Jahren*, Tübingen 1956.
- ²⁶ Vgl. *Waffenschmidt, W. G.*, Paul Mombert, In: *HdSW Bd. 7*, Stuttgart u. a. 1961, S. 419 ff.; ders.: Paul Mombert zum Gedenken. In: *ZgS 114* (1958), S. 699 ff.; *F. Lenz*, Paul Mombert, In: *Nachr. d. GHG 29 (1960)*, S. 25 ff.
- ²⁷ Vgl. *Zimmermann, K. F.*, Wurzeln der modernen ökonomischen Bevölkerungstheorie in der deutschen Forschung um 1900, In: *Jahrb. f. Nat. u. Stat. 205* (1988), S. 116 ff.
- ²⁸ Diese These hat unlängst wieder starke Beachtung gefunden, so wurde dieser Günther-Aufsatz von den Herausgebern der *Jahrb. f. Nat. u. Stat.* 1985 zu den 10 bedeutendsten und heute noch lesenswerten Beiträgen in dieser Zeitschrift für die Zeit 1929 bis 1944/45 bewertet.
- ²⁹ Vgl. *Biermer, M.*, *Die Nationalökonomie als Unterrichts- und Prüfungsgegenstand*, Gießen 1904, S. 27 ff.
- ³⁰ Vgl. *Wagenführ, W. G.*, *Forschungsstätten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften im deutschen Sprachgebiet*, Nürnberg 1930.
- ³¹ Vgl. *Statist. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich*, hrsg. v. *Statist. Reichsamt*, Berlin versch. Jahrg.
- ³² Vgl. *Nipperdey, Th.*, *Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik*, In: *W. Zilius* u. a. (Hg.): *Kulturverwaltung der zwanziger Jahre*, Stuttgart 1961, S. 19 ff.
- ³³ Univ.-Arch. Gießen PRA 250.

Leistung und Partnerschaft.

Daß Sie die Dresdner Bank im Kreise der ganz Großen finden, hat viele Gründe. Einer davon: Bei allen unseren Bemühungen und Leistungen steht immer der Kunde im Mittelpunkt. Großcomputer, Belegleser, elektronische Datenübermittlung helfen uns, die Flut der täglichen Geschäfte schnell und zuverlässig abzuwickeln und unsere Kunden so zu

betreuen, wie sie es von uns erwarten. Denn erst die Technik einer großen Bank gibt uns die Zeit für eine persönliche, auf die individuellen Probleme des einzelnen Kunden zugeschnittene Beratung. Daraus entstand die vertrauensvolle Partnerschaft, die uns mit Kunden und Geschäftsfreunden in aller Welt verbindet.

Filiale Gießen und Stadtzweigstellen

Dresdner Bank

